

klärte Christian Lüth, der damalige Pressesprecher der Bundestagsfraktion: „Solange die AfD noch ein bisschen instabil ist [...], müssen wir dafür sorgen, dass es Deutschland schlecht geht.“

4) Die AfD ist vor allem dagegen


Der AfD geht es nicht um konstruktive Politik, sondern um Aufregung, Provokation, maximales Dagegensein – in der Hoffnung, die demokratischen Institutionen vorzuführen und den Diskurs nach rechts verschieben zu können. Der irrlichternde Kurs der AfD während der Corona-Krise machte das besonders deutlich. Zu Beginn der Pandemie warf die Partei der Bundesregierung noch vor, zu wenig für den Schutz der Bevölkerung zu tun, und forderte unter anderem Social Distancing, also Abstandhalten, und die Entwicklung von Impfstoffen. Als kurz darauf die ersten sogenannten Querdenker und Corona-Leugner*innen auf die Straße gingen, vollzog die Partei eine Wende um 180 Grad und versuchte, sich an die Spitze der verschwörungsideologischen Protestbewegung zu setzen. Was sie anfangs noch selbst gefordert hatte, galt der AfD fortan als Ausdruck einer „Corona-Diktatur“.

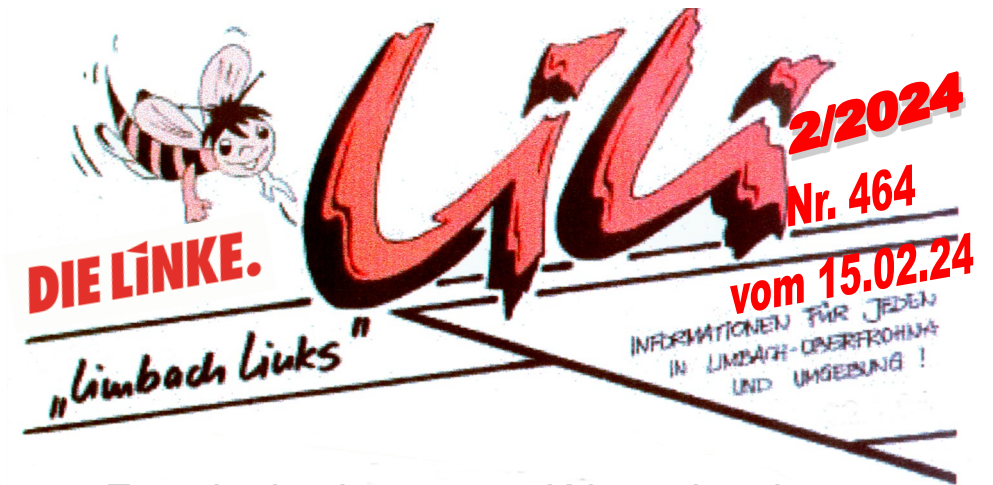
5) Die AfD finanziert sich auch aus dubiosen Quellen

Die AfD wirft den demokratischen Parteien vor, korrupt zu sein. Dabei ist es die AfD selbst, die mit illegaler Parteienfinanzierung für einen Skandal nach dem anderen sorgt. Weil die Partei mehrfach Großspenden annahm, deren Herkunft verheimlicht oder verschleiert wurde, hat die Bundestagsverwaltung bereits Bußgelder in sechsstelliger Höhe gegen die AfD verhängt. Derzeit ermittelt die Staatsanwaltschaft, weil die AfD über einen dubiosen »Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten« mit Großplakaten, Internet-Spots und Gratiszeitungen im Wert von mehreren Millionen Euro unterstützt wurde – ohne dass die Partei das als Spenden verbuchte. Heimlicher Geldgeber soll vor allem ein deutschschweizerischer Multimillionär sein. (www.verdi-drupa.de) wird fortgesetzt!

Termine - Termine - Termine

- Voraussichtlich 27. Februar 2024 19:00 Uhr Fraktionssitzung im Bürgerbüro Helenenstr. 55
- 24.3.2024 nächster Frühschoppen
- 2.3.2024 9:00 Sachsenlandhalle Glauchau Kreiswahlversammlung—Kommunalwahl **Bitte Fahrgemeinschaften bilden!**

Nächste Ausgabe  erscheint am Donnerstag, dem 14. März 2024!
14⁰⁰Uhr im Bürgerbüro Helenenstr.
V.i.S.d.P.: Steffen Dögnitz



- ⇒ „Es gab nie einen guten Krieg oder einen schlechten Frieden.“ (Benjamin Franklin)
- ⇒ „Im längsten Frieden spricht der Mensch nicht soviel Unsinn und Unwahrheit wie im kürzesten Kriege.“ (Jean Paul)
- ⇒ „Der Friede ist das Meisterstück der Vernunft.“ (Immanuel Kant)
- ⇒ „Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg.“ (Mahatma Gandhi)
- ⇒ „Einer muss den Frieden beginnen, wie den Krieg.“ (Stefan Zweig)
- ⇒ „Der ungerechteste Frieden ist immer noch besser als der gerechteste Krieg.“ (Marcus Tullius Cicero)
- ⇒ „Es reicht nicht aus, den Krieg zu gewinnen. Es ist wichtiger, den Frieden zu organisieren.“ (Aristoteles)



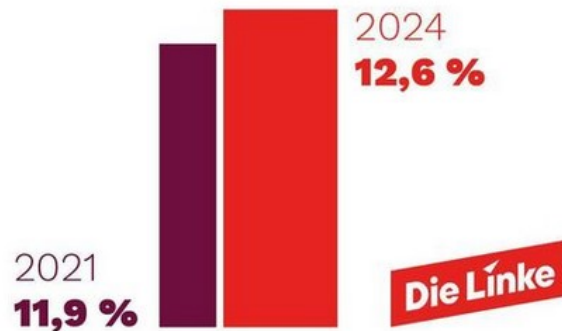
Einladung zum Politfrühschoppen / Gesamtmitgliederversammlung am 25.02.24 9:30 im Café Gallheber

Thema: Kommunalwahl

Für das leibliche Wohl ist gesorgt.
Interessenten sind gern willkommen.

Teilwiederholung der
Bundestagswahl in Berlin:
Wir haben zugelegt und das
Ausgleichsmandat verteidigt.

**Wir danken unseren
Wählerinnen und Wählern.**



In eigener Sache:



ist ein Mitteilungsblatt des -
Ortsverbandes Limbach-
Oberfrohna der Linkspartei und er-
scheint in der Regel einmal monat-
lich, kann kostenlos bezogen werden! Interessenten
an Steffen Dögnitz ☎4029932 wenden!

Zehn Argumente gegen die AfD

Unverhohlen zeigt die AfD, was sie ist: rechtsextrem. Als sich die Partei jüngst zu ihrer Europawahlversammlung in Magdeburg traf, wurden Rassismus, antisemitisch aufgeladene Verschwörungserzählungen und Träume von Deutschland als Weltmacht lautstark bejubelt. Die AfD hetzt gegen Geflüchtete, leugnet den menschengemachten Klimawandel und dient sich dem Russland Wladimir Putins an. Trotzdem geben ihr auch Mitglieder von Gewerkschaften ihre Stimme. Hier sind zehn Argumente, warum sie sich damit keinen Gefallen tun.

1) Die AfD will Reiche noch reicher machen

Die AfD behauptet von sich, die Interessen der sogenannten kleinen Leute zu vertreten. Ihre steuerpolitischen Forderungen aber bedeuten das Gegenteil. Die AfD möchte die Erbschaftssteuer abschaffen und den Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer deutlich absenken. Das würde Reiche noch reicher machen. Vor der Bundestagswahl 2021 hat das Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim die Wahlprogramme der Parteien ausgewertet und errechnet, wer von ihnen am meisten begünstigt wird. Das Ergebnis: Die AfD würde Haushalte bis zu einem Jahresbruttoeinkommen von 55.000 Euro wenig bis gar nicht entlasten. Haushalte mit mehr als 250.000 Euro im Jahr könnten sich dagegen über ein Plus von fast acht Prozent freuen. So ungerecht war kein anderes Wahlprogramm.

2) Die AfD stimmt gegen die Interessen ärmerer Menschen

Auch das Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag zeigt, wie wenig sich die Rechtsextremen für Menschen interessieren, denen es finanziell schlecht geht. So stimmte die AfD mehrheitlich gegen die Gaspreisbremse und gegen das Bürgergeld als Ersatz für das umstrittene Hartz-IV-System. Sie lehnte auch eine einmalige Vermögensabgabe für Superreiche ab. Die hatte die Linksfraktion als Lastenausgleich für die Bewältigung von Corona- und Energiepreiskrise vorgeschlagen. Bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode hatte die AfD gemeinsam mit der FDP die endgültige Abschaffung der Vermögenssteuer gefordert. Werkverträge in der Fleischindustrie, die vor allem zur Ausbeutung ausländischer Beschäftigter genutzt wurden, wollte die AfD dagegen weiterhin erlauben.

3) Die AfD will Krisen nicht bekämpfen, sondern ausnutzen

Für die AfD sind Krisen ein Glücksfall. Dass auf die Corona-Pandemie nahtlos der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, explodierende Energiepreise und allgemeine Inflation folgten, hat zum derzeitigen Umfragehoch der Partei entscheidend beigetragen. Die Rechtsextremen schüren Ängste und heizen die Krisenstimmung an, weil sie wissen: je verunsicherter die Bevölkerung, desto besser für die AfD. Die zynische Strategie sprechen Parteivertreter*innen mitunter offen aus. Im September 2022 sagte der Bundestagsabgeordnete Harald Weyel, dass die Gaskrise »hoffentlich« dramatisch werde: „Wenn's nicht dramatisch genug wird, geht's so weiter wie immer.“ 2020 er-